

Protokoll (Entwurf)

50. bundesweites Treffen des ABSP in Halle/S. am 8.12.2012

Beginn: 12.50 Uhr
Ende: ca. 16.40 Uhr

Eröffnung: Korbach
Moderation: Goslar (ab TOP 2 beginnend mit der Diskussion – Ablösung durch Oberelbe) und Brandenburg (Havel)
Protokoll: Halle (Saale) und Zeitz

Teilnehmer: 16 Personen aus Aschersleben, Dresden, Fürstenwalde, Goslar, Göttingen, Großenhain, Halle (Saale), Karlsruhe, Korbach, Potsdam, Wernigerode und Zeitz.

Tagesordnung lt. Einladung:

1. Begrüßung, Formalia (Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll)
2. 50. bundesweites Treffen, Bilanz 7 Jahre Aktionsbündnis Sozialproteste, Vortrag des Kokreises und Diskussion
3. Berichte vom europäischen Aktionstag
4. Aufruf „Verbot von Leiharbeit und Werkvertragsbetrug“
5. Nächste Aktivitäten des ABSP - Planung 2013
6. Organisatorisches, Fahrtkostenerstattung usw.
7. Aktuelles

TOP 1 Formalia:

Begrüßung:

Moderation:

Formalität zur Protokollerstellung:

Abstimmung zur Protokollerstellung per Mitschnitt

(15 Ja, 1 Enthaltung, keine Ablehnung)

Protokollkontrolle:

Das Protokoll vom 20.10.2012 in Magdeburg wurde zuvor an alle bekannten Emailadressen versendet und es gab keine Wünsche bzgl. Korrekturen oder Ergänzungen.

zur Tagesordnung:

Die regelmäßig praktizierte kleine Vorstellungsrunde sollte als separater TOP bzw. unter TOP 1 (Formalia) schriftlich angekündigt werden.

Der TOP 4 zur Leiharbeit und zum Werkvertragsbetrug sollte wegen der politischen Kontinuität und des strategischen Zusammenhangs nicht voneinander getrennt werden.

TOP 6 wird vorgezogen.

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

Durch Korbach im Rahmen der Formalia zu den Fahrtkosten angesprochen:

Betrifft Fahrtkosten eines Teilnehmers (aus der weiteren Umgebung von Magdeburg):

Er war zwar am 20.10. mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Magdeburg angereist, aber wegen Zugverspätung, Ausfall der Straßenbahn und auch aus gesundheitlichen Gründen (Erschöpfung) nicht mehr zum Treffen gekommen.

Aschersleben:

Wir sollten Aktionen und wichtige Inhalte vorbereiten und nicht viel Zeit wegen solcher Formalia verschwenden.

Abstimmung:

Nachträgliche Ergänzung auf der Anwesenheitsliste vom 20.10.2012 durch einen entsprechenden Vermerk sowie Rückmeldung an den Kokreis, was der Stiftung gemeldet wurde.

(13 Ja, 3 Enthaltungen, keine Ablehnung)

Die Abrechnung soll noch im alten Jahr stattfinden, d. h. eine Zusendung der Originalbelege sollte spätestens Weihnachten noch vor dem Neujahr erfolgen.

Die derzeit für die Abwicklung der Fahrkostenerstattung gegenüber der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt zuständige Person aus Korbach wird, soweit ihr die vollständigen Anträge und Belege vorliegen, die entsprechenden Beträge gegenüber der Stiftung abrechnen, so dass die Zuständigkeit an denjenigen, der die Aufgabe ab 2013 übernimmt, abgegeben werden kann. Noch ausstehende Abrechnungen, für die Belege noch nachgereicht werden, können in Einzelfällen später abgerechnet werden.

Ende der Fahrtkostendiskussion.

Kurze Vorstellungsrunde im Anschluss

TOP 2 50. bundesweites Treffen – Bilanz 7 Jahre ABSP – Vortrag des Kokreises und Diskussion

Vortrag in Form einer Präsentation mit ausgedruckten DIN-A3-Postern, zu denen der Referent jeweils weitere Kommentare mündlich ergänzt hatte.

[Der gesamte Vortrag, die Poster kombiniert mit dem gesprochenen Text, kann herunter geladen werden: www.die-soziale-bewegung.de/2012/dezember_hallesaale/2012-12-08_Praesentation.pdf]

Korbach, Zwischenruf während des Vortrags:

Forderung nach 10 Euro lohnsteuerfreiem Mindestlohn ist totaler Müll.

Sozialversicherung ist in die Steuer integriert.

Antwort des Referenten:

Die Forderung 10 Euro lohnsteuerfrei ist sehr richtig formuliert. Denn zur Zeit ist rechtens, dass jeder Euro über 667 EUR brutto/Monat versteuert wird (ab 1.1.2013 wird der Betrag von 667 auf 677 EUR erhöht).

Die Kampagne fordert aber sehr richtig, dass das Existenzminimum des Erwerbstätigen von 1670 Euro brutto pro Monat nicht versteuert werden darf. Wenn diese Regelung durchgesetzt wird, folgen nach Abzug der Sozialversicherungsabgaben 1.300 Euro pro Monat netto für einen Alleinstehenden.

Moderationsübergabe nach dem Vortrag an Oberelbe.

Diskussion nach dem Vortrag.

Karlsruhe:

Weitere Verschärfungen waren angedacht (Rogowski "20Thesen für Deutschland") wollte Hartz 5 bis Hartz 8 folgen lassen.

Hartz-Gesetze wurden in verschärfter Form in Südeuropa durchgesetzt. Das wird in der Folge um uns keinen Bogen machen, und daher ist weiterer Widerstand natürlich wichtig.

Das Existenzminimum wird mit Hartz IV unterlaufen. Es geht also bei der Plattform 500-10, darum, das tatsächliche Existenzminimum, was durch gesellschaftliche Abläufe, Preise usw. vorgegeben ist, durchzusetzen. Es ist vorgegeben und kann nicht per Gesetz festgelegt werden, obwohl die Politik den Anschein erweckt.

Warum wurden die Bemühungen, das Existenzminimum zu unterlaufen, ausgerechnet 2004 so massiv?

Die Sozialdemokraten waren (ungefähr im Jahr 2000) aufgefordert, die heiligen Kühe (soziale Errungenschaften nach 1945), die sie selbst eingeführt hatten, zu schlachten.

Also hat Rot-Grün als willige Helfer das Krisenprogramm verstärkt umgesetzt, das schon lange lief:

Mit der Krise im Rücken die Wettbewerbsfähigkeit stärken, Löhne drücken. Mit Hartz IV wurde das Gesamtpaket dessen, was seit 1945 als Sozialschicht in der Bundesrepublik aufgebaut worden war, angegriffen und systematisch geschlachtet. Also der Kontext: Krisenbewältigung.

Fürstenwalde:

Lambsdorff-Papier (dagegen ist Hartz IV noch harmlos) von 1982 wird mittlerweile durchgezogen, und an Portugal, Griechenland und Spanien ausprobiert. Durch große Koalition könnte es auch hier durchgesetzt werden.

Merkel: 7 % der Weltbevölkerung zahlen 50 % der Weltsozialausgaben. Wettbewerb zu Südamerika, China und Indien.

Göttingen:

Aufgabe des Widerstandes ist es sogar, Hartz IV gegen FDP- und Althaus-Bürgergeld zu verteidigen. Weil alle diese Reformvorschläge sogar Kürzungen im Vergleich zu Hartz IV bedeuten.

Wenn die nun den anderen EU-Staaten aufoktroierten Kürzungen wirken und die Löhne dort immer weiter fallen, dann wird der Ruf der Arbeitgeberverbände nach weiterer Senkung der Löhne und Sozialausgaben in Deutschland immer lauter.

2011 gab es eine vom Bundesverfassungsgericht legitimierte Kürzung des Regelsatzes für Kinder: Ihr Regelsatz wurde nicht proportional zum Erwachsenenregelsatz angehoben, sondern zeitweise eingefroren, so dass er unter 60 bzw. 70 Prozent gesenkt wurde.

Die Agenda 2010 war von Anfang an ein Projekt, welches ganz Europa erfassen sollte.

Ein Treppenwitz der Geschichte: In den 60er Jahren führte die CDU die Sozialhilfe ein, mit einem Gerhard Schröder als Innenminister, 2005 schafft die SPD sie mit dem gleichnamigen Bundeskanzler (SPD) ab.

Heutzutage wird ein Architekt der Agenda 2010 zum SPD-Kanzlerkandidaten gekürt, und der DGB-Arbeiter-Chor singt für ihn „You never walk alone.“ Da müssen wir auch aktiv werden.

Aschersleben:

Es sind viele Sachen seit 2004 gelaufen: Agenturschluss, Tag der Arbeitslosen, die Aktion mit großen Aufklebern „Von 345 Euro kann kein Mensch vernünftig leben“, auch eine Nacht-und-Nebel-Aktion, die gut eingeschlagen hat. Kurz etwas zu dem Verfassungsurteil: Der Referent hat selber gesagt, dass es sich bei dem Zitat auf dem Poster zu 2010 um Juristendeutsch handelt. Es heißt ja nicht, dass Hartz IV nicht verfassungswidrig sei, sondern das Verfassungsgericht kann nicht nachvollziehen, ob es gerecht oder nicht gerecht ist. Weil die Berechnung der 345 Euro im Jahr 2004 auf Studien beruhte, die vollkommen wirt durcheinander gewürfelt und zusammen gebastelt wurden, Hauptsache, man kommt auf die 345 Euro, man hat nicht den Bedarf berechnet, sondern eine Berechnung nach Kassenlage vorgenommen. Deswegen konnte das Verfassungsgericht das nicht nachrechnen, es blieb ihm auch gar nichts anderes übrig.

Seit 2009, seit der Aktion „Von 356 Euro kann kein Mensch vernünftig leben“, ist das ABSP aber im Stillstand. Seitdem hat sich außer der Kampagne 500/10 an Aktionen fast nichts weiter getan. Diskussion sollte angestoßen werden mit 12,50 € pro Stunde als geforderter gesetzlicher Mindestlohn. Und es ist richtig: Als weitere Schritte nach Hartz IV lag noch vieles in der Schublade. Aufgrund der starken sozialen Proteste wurde das erst einmal auf die lange Bank geschoben. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen.

Goslar:

Das Aktionsbündnis wird seinem Namen gerecht. Es verfolgt eine konsequente, auf den Zweck, ein Ziel zu erreichen, ausgerichtete Kampagnenpolitik. Dies wird an dem Beispiel der Kinderplattform deutlich: Ab 2011 hat die Bundesregierung die EVS auch auf Kinder angewendet und so bei 0- bis 5-Jährigen „festgestellt“, dass es sogar ein paar Euro zuviel wären und noch deutlicher bei den 6- bis 13-Jährigen. Damit wird die Bundesregierung dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gerecht, transparent zu handeln. Die Regelsätze der Kinder müssten nach dieser Logik sogar gekürzt werden. Aber zum Glück hatte die Bundesregierung im Jahr 2009 die 251 Euro für die 6- bis 13-Jährigen beschlossen, unter anderem aufgrund des Drucks, den auch das ABSP durch seine Mitarbeit für die Kinderplattform aufgebaut hatte. Nun macht es die Regierung seit 2010 mit den Kindern so, wie man es von dem Verfahren gegen Rentner schon lange kennt: Nullrunden wegen „Vertrauensschutz“. Wenn die Aktivitäten der Kinderplattform 2009 nicht Druck für die 251 Euro für die 6- bis 13-Jährigen gemacht hätten, dann wären sie wahrscheinlich mit Schulbedarf und Mittagessen in der Schule abgespeist worden.

Zeitz:

Arbeitskosten in Deutschland wieder gestiegen, während sie in Portugal und Spanien gefallen sind - beklagen schon wieder die Medien. Die Öffentlichkeit wird also offenbar auf Kürzungen vorbereitet. Wer Lohn“neben“kosten senken will, will Lohnkosten senken!

Goslar 2:

Arbeitskostenanstieg ist mediale Augenwischerei (Erinnerung an den Vorschlag einer Maschinensteuer Lafontaines "wenn die Produktivität steigt, fallen die Löhne" – eine Maschinensteuer könnte durch Umverteilung ausgleichen.)

Dresden:

Vor der Einführung von Hartz IV waren Teile der Sozialleistungen in Teilen von Europa besser als in Deutschland, und man suchte nach Möglichkeiten (bevor man in Deutschland senkt, musste man in anderen Ländern senken).

Korbach:

Die Aktiven des ABSP haben sich in den letzten Jahren sehr auf eine Person verlassen, die koordinierende Aufgaben übernommen hat. Das ist aber nicht mein Begriff von Netzwerk.

Wir entmündigen uns in einem gewissen Sinne selbst. Im Kokreis ist fast nur die eine Person aktiv.

In den Vortrag gehört auch, was in den letzten Monaten Konflikte erzeugt hat, und eines war das Updatepapier (www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org/). Das war der lebende Stoff 2012.

Ist es partnerschaftlich, wenn das ABSP sich in dieses Bündnis für Menschenwürde und Existenzminimum nicht eingebracht hat?

Das ABSP ist ohne solche Bündnisse ein Netzwerk aus Personen, die sich lediglich ab und zu Montags treffen.

Wie wollen wir netzwerk- und bündnisfähig sein, außer dass wir plakativ unsere Triade 10-30-500 in immer neuen Abwandlungen darstellen, um Unterstützer dafür zu gewinnen, ... neuerdings die 10 auch noch lohnsteuerfrei!?

Wer von uns kann das in ein Bündnis hineintragen?

Wir hatten mit dem Updatepapier diese Chance, und wir haben mehrheitlich beschlossen, dass wir nicht daran teilnehmen wollen. Wir haben uns nicht bemüht, eine Öffnungsstruktur zu schaffen, um mitzuteilen, wie wir es anders haben wollen. Auch unseren Delegierten in dem Bündnis haben wir im Stich gelassen.

Wir glorifizieren uns, und so sind wir weitestgehend allein.

Wir sollten einen Weg suchen, wieder bindungsfähiger zu werden.

(Viertelstunde Pause)

Goslar:

Antwort auf Kritiken aus Korbach zunächst zu einem Punkt: Ist das ABSP ein Netzwerk, funktioniert der Kokreis? Zur Geschichte des Kokreises: Noch vor der Gründung des ABSP bestand die Aufgabe der Koordination darin, Ideen von Personen wie Peter Grottian, Rainer Wahls und Roland Klautke durch die Erarbeitung technischer Grundlagen und Formulierung von Textentwürfen zu einer kontinuierlichen Netzwerkarbeit fortzusetzen.

Bei dem Treffen in Kassel am 9.7.2005 wurde ein Kokreis gegründet. Auch dieser Kokreis überließ die technischen Aufgaben und die Arbeiten für Textentwürfe größtenteils einer Person, mir. Schon damals bemühte ich mich darum, eine Kontinuität aufzubauen, niemals etwas im „Kleingedruckten“, in E-Mail-Anhängen etc., zu verstecken und stets jeweils Kokreis-Mitglieder noch einmal extra anzusprechen, welche am ehesten widersprechen könnten. So wurde z.B. eine antirassistische Position in den Aufruf zu Hartz-Schluss aufgenommen - „Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen“ -, weil tatsächlich kein Kokreis-Mitglied dies als überfrachtend wahrnahm, auch auf explizite, auch telefonische, Rückfrage hin. Ein weiteres Beispiel für die sehr wache Arbeit des Kokreises: Im Vorfeld der Demo im Juni 2006 wurde eine Email durch das Rhein-Main-Bündnis ans ABSP geschickt, welche unter anderem auf die Bedeutung des Frankfurter Appells von 2003 hinwies. Und tatsächlich reagierten in kürzester Zeit alle Kokreismitglieder darauf. Damit war in den Reihen des ABSP der Grundstein dafür gelegt, dass eine Orientierung auf die Forderungen des Frankfurter Appells, logisch fortgesetzt durch 10-30-500, Konsensposition wurde.

TOP 3 Berichte vom europäischen Aktionstag (14.11.2012)

Göttingen:

Von 17 bis 18 Uhr gab es einen Stand mit Tapeziertisch, unter Beteiligung von ca. 10 Personen. Die Gewerkschaften haben leider nur sehr wenig dazu organisiert. Es ist traurig, dass europaweit so wenig passiert ist. In Deutschland haben z.B. DGB und ver.di nichts Pointiertes gemacht.

Fürstenwalde (bezugnehmend auf Berlin):

Für eine 3 Millionenstadt verdammt wenig, Berlin-Brandenburg hat über 740 Tausend Hartz-IV-Bezieher. Gefahr besteht, dass nach dem Hass auf die Gewerkschaften ein Hass auf die Parteien entsteht, weil auch diese nichts tun. Wenn nicht Gewerkschaften und Parteien bald gemeinsam etwas auf die Beine stellen, dann könnte es in eine ganz falsche Richtung gehen.

Was sollen die Menschen in Griechenland und Spanien denken, wenn in Deutschland gar nichts gemacht wird? Generalstreik ist in Deutschland keineswegs verboten.

Den letzten Generalstreik gab es 1948, Johannes Stetter hatte ihn in Stuttgart vorbereitet.

([http://de.wikipedia.org/wiki/Generalstreik#Deutschland Bizone .E2.80.93 Der Generalstreik von 1948](http://de.wikipedia.org/wiki/Generalstreik#Deutschland_Bizone_.E2.80.93_Der_Generalstreik_von_1948) und

[http://de.wikipedia.org/wiki/Willi Bleicher](http://de.wikipedia.org/wiki/Willi_Bleicher))

Aschersleben:

Keine Beteiligung in Sachsen-Anhalt, Beschluss des Bezirkserwerbslosenausschusses, weil keine rot-grüne Werbeveranstaltung unterstützt werden sollte - nach Betrachtung der konkreten Aufrufe. Wir hätten es aber auch personell wahrscheinlich nicht geschafft.

Zum ABSP: 2005 im Goldenen Anker in Leipzig 250 Teilnehmer, dann 50 - 60 und jetzt nur noch 15 - 16 Leute.

Wir haben gesagt, wir machen keinen blinden Aktionismus.

Dresden Oberelbe:

Wir haben uns an dem Aktionstag beteiligt, sind von Attac Dresden dazu eingeladen worden und haben unsere eigenen Themen und auch 500-10 dort eingebracht und die Attac-Leute sind wiederum am 4.

Oktober bei uns mit dabei gewesen. (Dieser Beitrag bezog sich auf den Aktionstag Umfairteilen am 29.9.)

Karlsruhe:

Es war ein europäischer Aktionstag mit vielen Aktivitäten in vielen europäischen Ländern. Natürlich gibt es individuelle Schwankungen, abhängig von verschiedensten Faktoren. Aber es ist absolut positiv, dass auch in Deutschland auf die Straße gegangen wurde, wo doch von Deutschland aus die Krise so gemanagt wird, wie wir es erleben. Deswegen gibt es natürlich auch weitere Planungen, noch mehr daraus zu machen.

Halle:

Schon anderthalb Wochen vor dem europäischen Aktionstag regelmäßig Flyer 10-500 vor dem Jobcenter in Halle-Neustadt verteilt. Mein Motto: „Gegen den Zwang in Hungerlohn!“

Aschersleben:

Der europäische Aktionstag war in Deutschland nicht sehr erfolgreich. Damit sich das ändert, müssen wir den A... hoch kriegen. Wir treten seit 2009 auf der Stelle. Wir haben zwar eine tolle Kampagne, die auch richtig gut läuft, aber das ist auch alles. Wir haben also nichts entgegen zu setzen. Die Situation: In Deutschland darf nicht gestreikt werden. Und außerdem haben, die, die in Lohn und Brot stehen, keine Zeit, weil sie mittlerweile 2, 3 oder 4 Jobs auf einmal machen.

Halle:

Kritik an ver.di: Es gibt keine Eingliederung der Erwerbslosen in die Fachbereiche, wo die Kollegen um ihre Jobs kämpfen, mit denen sie also gemeinsam kämpfen könnten.

Konkret wird versucht, die Aussprache mit Vertretern von Gegenwind zu verhindern, die in den Bezirkserwerbslosenausschüssen aktiv waren und deren Aktivitäten gemeinsam mit Gegenwind bei ver.di unerwünscht waren.

Karlsruhe:

Thema ist jetzt Europäischer Aktionstag. Daher will ich aus Gründen der Disziplin auf zwei Beiträge, die eigentlich zu erwidern wären, nun nichts sagen, vielleicht ist dafür später Zeit:

Aus Aschersleben: „Wir haben dem nichts entgegen zu setzen.“ Das steht nun unbearbeitet im Raum, weil es nicht zum Diskussionspunkt gehörte. Außerdem die Ausführungen aus Korbach, die ebenfalls zu bearbeiten wären.

Fürstenwalde:

Es ist gut, dass, wenn schon nicht gestreikt wurde, wenigstens in Deutschland am 14. November demonstriert wurde. Was wäre das sonst für ein Zeichen für die Menschen in Spanien und Griechenland gewesen? Auf einer ver.di-Veranstaltung wurde mit großem Beifall beschlossen, dass Frank Bsirske schriftlich aufgefordert werden soll, nach Spanien und Griechenland zu fahren und Solidarität zu erklären.

TOP 4: Aufruf „Verbot von Leiharbeit und Werkvertragbetrug“

Zeitz (Vorstellung des Themas):

Durch Werkverträge sollen tarifliche Branchenzuschläge bei den Leiharbeitsverträgen umgangen werden. Werkverträge sind Verträge, die in eine Scheinselbstständigkeit führen und das unternehmerische Risiko auf die Arbeitnehmer übertragen.

Aschersleben:

Werkverträge sollen nicht nur Tarife unterlaufen sondern auch die branchenbezogenen Mindestlöhne und damit auch einen zukünftigen gesetzlichen Mindestlohn.

Goslar 2:

Werkverträge können gerechtfertigt sein: Z.B. Programmierer, Grafikdesigner bekommen Geld für ein abzulieferndes Ergebnis. Aber in vielen Bereichen dient der Werkvertrag dem Betrug des Arbeitenden. Z.B. Bildungsträger stellen Dozenten mit Werkverträgen ein, teilweise tageweise, gebunden an Vermittlungserfolg, und in weiteren Bereichen ist das der Fall. Auch die Sozialversicherungsbeiträge werden so alleine dem Arbeitnehmer aufgebürdet.

Göttingen:

Werkvertrag als Vertrag zwischen zwei "freien" Parteien. Werkverträtler können nicht nur über ein Subunternehmen, sondern auch direkt innerhalb eines Unternehmens gebunden werden.

Korbach:

Wo ist der Unterschied zwischen Werkverträgen und Zeitarbeit: Zeitarbeit ist weitestgehend tarifiert. Arbeitsaufgabe an Leiharbeitsfirma übergeben, bei Werkverträgen wird nicht mehr klassisch in Stundenlöhnen abgerechnet. Der Auftraggeber kann nicht mehr mit dem leiharbeitenden Werkarbeiter (Werkersteller) direkt verhandeln, weil ein verleihender Zeitarbeitgeber der unmittelbare Werkvertragspartner ist.

Brandenburg:

Werkvertrag ist ein allgemein zivilrechtlicher Vertrag und kein arbeitsrechtlicher Vertrag (ohne jeglichen sozialen Schutz!).

Zeitz:

Leiharbeiter sollen demnächst aus der Kurzarbeitszeitregelung herausgenommen werden.

Werkverträge zu missbrauchen, fing schon vor langer Zeit im Reinigungsgewerbe an: Quadratmeterzahl wurde bei gleichem Lohn vergrößert.

Goslar:

Werkvertrag ist analog zur Entlohnung nach von Marx kritisiertem Stundenlohn (welcher die grundlegende Bedeutung der Existenzsicherung durch Entlohnung schon weitgehend unsichtbar macht) ein weiterer Trick, um die Entlohnung herunterzudrücken, analog dem schon lange Zeit bekannten Akkordlohn. Leiharbeitstarifverträge hatten Equal Pay unterlaufen, und nun sollen es die Werkverträge tun.

Zeitz:

Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ist ein Passus: Wenn kein Tarifvertrag bei der AÜ vorhanden ist

gelten die Tarife des übernehmenden Stammbetriebs (gemeint ist der Entleihbetrieb). Deshalb sind alle Leiharbeitsfirmen tarifgebunden, um Equal Pay zu unterlaufen.
Entscheidung der Unterstützung sollte beim nächsten Treffen fallen. Aber auch sollte geprüft werden, ob überhaupt die Tarifabschlüsse eingehalten werden.

Goslar 2:

Forderung danach, dass Leiharbeiter mehr als Beschäftigte im Stammbetrieb erhalten (Flexibilitätszuschlag, d. h. mindestens Equal Pay).

Der originale Wortlaut des Aufrufs fehlte und wird nachgereicht (per Email).

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/allg/werkvertrag.pdf>

Abstimmung:

Jeder gibt seine Rückmeldung an den Kokreis, ob er den Aufruf unterstützt.

Nächstes Mal wird dann eine offizielle Empfehlung per Rundmail erfolgen, dass der Aufruf von Einzelpersonen unterschrieben werden sollte.

(11 Ja, 1 Enthaltung, keine Ablehnung)

TOP 5 Nächste Aktivitäten des ABSP-Planung 2013

Goslar:

Wir beschäftigen uns seit 2009 mit der Kampagne 500/10 und sie hat schon einige Wellen geschlagen. Es gibt nun ein neues Bündnis von DGB, Sozialverbänden und so weiter, das, ohne eine konkrete Forderung aufzustellen, in der Gesellschaft eine Debatte anstoßen will (Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum 6.12.2012, www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org/:

170 € festgestellter Fehlbetrag, Ernährung macht die Hälfte der Mehrforderung aus. Aber keine klare Beziehung zur Forderung einer Höhe des gesetzlichen Mindestlohns. Bei 8,50 € gäbe es aber weiter einen massiven Bezug von Hartz-IV-Leistungen trotz Vollzeitarbeit.

Insgesamt ist die Position also nicht stimmig, aber es wird deutlich, dass die großen Verbände sich unter Druck gesetzt fühlen. Und daher sollten wir mit der Kampagne 500-10 weiter arbeiten.

Vorschlag Ende Mai nach Pfingsten Aktionstag.

(Umfairteilen-Aktionen gibt es Mitte April, also keine zeitliche Konkurrenz mit diesen Aktionen)

Fürstenwalde:

Es ist Zeit endlich 12,50 € zu fordern (wegen der Rente zitieren von v. d. Leyen und auch Wirtschaftsinstitute fordern 11,50 bis 12,50 €).

Manager vom französischen EAWS forderte eine vernünftige Höhe des Mindestlohns

Radikal der Privatisierung entgegenzutreten, europäisch denken, Deutschland exportiert Nahrungsmittel nach Griechenland, in Portugal gibt es Kinderarbeit, in Spanien stürmen Rentner den Supermarkt, weil sie nichts zu Fressen haben.

Die Basis muss den Arsch erheben,

Es reicht nicht zu fordern, der Bsirske, der Sommer ...

Die Gewerkschaftsbasis muss selber sich selber bewegen

Göttingen:

850 € Mindestrente ist unzureichend, die Lohnnebenkosten sind die Basis für viele andere Leistungen.

Karlsruhe:

Aktionstag ist wichtig für das Eingreifen in die Bundestagswahl.

"Sind wir ein Lohndurchsetzungsverein oder sind das die Gewerkschaften?" ... Wir sind für die Herstellung des Existenzminimums.

So sind nicht die Äußerungen der Wirtschaftsweisen richtungsweisend, sondern die Plattform 500/10, wobei sich der Mindestlohn aus der Regelsatzforderung ergab.

Forderung nach mehr wird die Sache zunächst nicht verbessern, sondern wir müssen dahin kommen, dass sich in die Richtung (500/10) etwas bewegt.

Wir sind diejenigen die die Forderung nach dem Existenzminimum durchsetzen müssen, das macht sonst niemand, das können nur wir.

Oberelbe:

Unterstützt den Aktionstag.

Ergänzende Vorschläge:

Kritik am gefälschten Armutsbericht üben.

Was kostet der Afghanistan-Einsatz?

Kosten der sogenannten EEG-Umlage nur bei den kleinen Verbrauchern und nicht bei den Großabnehmern.

500 sind auch noch zu wenig. Aber wir sollten die erst einmal durchsetzen.

Gewerkschaften haben zwar nun ein wenig Rückhalt der Regierung für 8,50 Euro. Das machen die aber nur, damit die Gewerkschaften ihnen weiter hinterherlaufen.

Anrechnungsfreies Kindergeld sollte ebenfalls ein Thema werden. Natürlich nicht am Aktionstag, sondern irgendwann im Laufe des Jahres.

Der Aktionstag für 500-10 wird auf jeden Fall unterstützt.

Zeitz:

Bei der Unterschriftensammlung vor dem Arbeitsamt Erfahrung gesammelt, dass 10 € zum Überleben gut wären, halten es aber (mit den Strompreisen) für unzureichend.

Auch der Eckregelsatz ist zu niedrig. Beides muss parallel angehoben werden.

Goslar 2:

Forderung ist richtig, aber Priorität Abschaffung der Sanktionen. Man wird als Erwerbsloser hin und hergerissen, zwischen Bewerbungsdruck, notwendigen Gerichtsprozessen gegen das Jobcenter, Geldmangel, kein Geld für Bewerbungen, und so kann eine Sanktion auf die andere folgen.

Wernigerode:

Erwerbslose bekommen wahrscheinlich lediglich die Arbeitsplätze angeboten, für die sonst niemand zu finden ist.

Dresden:

Alte Forderungen, die eigentlich auch Armut produzieren, oder neue Forderungen mit dem Hinweis, wir haben früher schon das gefordert, inzwischen sind durch Inflation höhere Forderungen notwendig.

Forderung nach der Wiederaufnahme der Forderung nach der 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Korbach:

Sind wir ein ethisches Bündnis, oder wollen wir in die Wirklichkeit einsteigen und in der Wirklichkeit Veränderungen anberaumen?

Mai ist kein guter Termin, die Wahlen sind erst später.

Wenn wir die alten Forderungen (500/30/10) darstellen, wie bekommen wir die Brückenbildung hin, weg von der ethischen Seite?

Brücke zwischen denen, die in Beschäftigung sind, und denen, die in der Idee der Erwerbsarbeit hängen, aber einer solchen nicht nachgehen können.

Der ethische Ansatz ist gut, aber es wirkt so: ... ach lässt uns weiterträumen! Die Wirklichkeit überholt uns stündlich.

Was wir vergessen haben bei unseren Forderungen: In den südlichen Ländern, die einen Mindestlohn haben, gibt es einen umgekehrten Effekt: Wer arm ist, wird durch die Senkung reicher, aber bleibt letztendlich arm. Das sollten wir in den Fokus nehmen.

Aschersleben:

Mobilität ca. 35 % gestiegen, Energiepreise gestiegen.

Möglicherweise erfolgt bei den Lohnuntergrenzen eine Annäherung an 10 € (damit würde uns die Forderung nach 500/30/10 abhanden kommen).

Wir sind etwas eingeschlafen in letzter Zeit.

Aktionstag: entweder Unterschriften sammeln oder Aktionen z. B. gegen Parteien.

Karlsruhe:

Zu den Forderungen:

500/10 ist ethisch begründet, aber sie ist eine materielle Forderung.

Mehr wäre zwar besser und wir haben nicht 500/10, aber was sind unsere Methoden, um die Forderungen durchzusetzen?

Weil es noch nicht einmal ausreichen würde, fordern wir gerade diese 500/10, weil sich die Gegenseite gerade schon bei dieser Forderung unter Druck gesetzt fühlt.

Die Zahlen sind genau bestimmt, und alle Beraterstäbe im Bundestag haben sich die Zähne ausgebissen beim Nachweis, dass die 500 nicht richtig wären.

Unser Thema ist: Wie setzen wir das Existenzminimum durch? Und da brauchen wir die Leute vor dem Jobcenter, dass sie merken: Aber das habe ich ja noch gar nicht! Wenn ich mehr haben will, dann muss ich dafür erst einmal alles entwickeln.

Zum Aktionstag und womit füllen wir das?

Zeitpunkt, wie macht es die Gegenseite in ihrer Öffentlichkeitsbeeinflussung, wenn es um Wahlen geht? Im Mai! Danach beginnt der Sommer.

Fürstenwalde:

Beibehalten der 500/10, aber die 12,50 im Auge behalten.

Keine schwammige Veranstaltung wie Umfairteilen mit Wohlfahrtsverbänden.

Ran gegen die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme!

Einsetzen für eine Bürgerversicherung.

Abschaffung des Beamtentums.

Göttingen:

500 € Eckregelsatz sind nicht nur im Interesse von Hartz-IV-Beziehern, sondern auch im Interesse von Arbeitenden, weil der Lohn nicht mehr so weit gedrückt werden könnte. 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn sind in Deutschland schon zu einem geläufigen Begriff geworden. Auch die Deutlichkeit 500 Euro „Eckregelsatz“, nicht „500 Euro Hartz IV“ ist nützlich, weil klar ist, dass Warmmiete und Sozialversicherung noch dazu kommen.

Wenn CDU und FDP 10 Euro Mindestlohn und 500 Euro Eckregelsatz einführen würden, dann sollten wir uns freuen, dass wir es geschafft haben, das in die Gesellschaft zu tragen.

Rezitiert „Verkürzte lyrische Kapitalismuskritik.“: „Von der Wiege bis zur Bahre, - kaufst Du all die Jahre, - nur Aldi-Ware, - denn von der Wiege bis zur Bahre, - warst Du all die Jahre nur Ware. - Und am Ende auf der Bahre, - bist Du auch nur eine Ware. - verfasst am 07.12.2012“

Brandenburg:

Zur Frage aus Korbach, Ethik oder Lebenswirklichkeit: Ob 10 Euro oder 12,50 Euro, ob 500 oder 530 Euro: wir fordern, was wir brauchen, das Existenzminimum. Und dafür ist auch alles da (hohe Gewinne und Einkommen, Kriegsausgaben). Das ist da und kann verteilt werden. Wir müssen richtig Druck machen. Und wenn die Lebensumstände es erforderlich machen - und ich sehe, dass sie es tun -, dann müssen wir unsere Forderungen nach oben anpassen. Unsere Gegner sind auch nicht zimperlich dabei, ihre Einkommen nach oben anzupassen.

Dresden:

Ich schließe mich der Mehrheit an, wenn die Meinung ist, dass 10 Euro ausreichend sind.

Hinweis auf Charta der Menschenrechte Art. 25.

Geld ist da (Bankenrettung, Kriege). Wir haben 150 Vermögensmilliardäre in Deutschland.

Zwischenanmerkung aus Karlsruhe:

Wir diskutieren, wie wir das durchsetzen, das ist doch etwas anderes.

Fortsetzung Dresden:

Wir setzen das eine so wenig durch, wie das andere. Wir müssen die Forderungen stellen, dass wir von den Leuten, die wir vertreten, nicht, wenn wir es durchgesetzt haben, gesagt kriegen: „Na seht ihr, es reicht ja trotzdem nicht.“

Oberelbe (Moderation) fordert für das Schlusswort auf, auch die Frage zu stellen, für was sich das ABSP entscheidet.

Goslar:

Unterschriften-Sammeln für die Kampagne 500-10 hört sich eigentlich ganz schlimm an. Aber wenn man jemandem auf der Straße begegnet, der widerspricht, auf keinen Fall eine Erhöhung von „Hartz IV auf 500 Euro“ will, und man dieser Person die Zusammenhänge (Erhöhung des Eckregelsatzes, davon abgeleitete Mindestlohnforderung, weniger Lohndruck) erläutert hat und diese Person daraufhin ihre Meinung um 180 Grad ändert, dann begreift man, dass diese Kampagne eine besondere Qualität hat. Leute begreifen durch diese Kampagne Zusammenhänge, werden zum Umdenken bewegt, obwohl sie ständig einem medialen Trommelfeuer ausgesetzt sind, das besagt: „Hat der Hartz-IV-Empfänger mehr, bleibt Dir weniger von Deinem Lohn“.

Zwischenruf: „Was kommt denn da bei der Rente raus?“

Fortsetzung Goslar: 10 Euro ist eine Mindestlohnforderung. Das heißt nicht, dass alle Löhne auf 10 Euro vereinheitlicht werden sollen. Für das deutsche Kapital hätte die Durchsetzung unserer Forderungen katastrophale Folgen. Es wäre nicht mehr Weltspitze, mittlerweile ist Deutschland Exportweltmeister! (notwendige Korrektur: Deutschland ist Exportüberschussweltmeister, siehe z.B. <http://www.konicz.info/?p=2302>) Das gesamte Lohnniveau in Deutschland würde bei Durchsetzung unserer Forderungen deutlich steigen. Positiv auch für alle, die schon jetzt nicht auf dem untersten Lohnniveau stehen, z.B. für qualifizierte Arbeitskräfte usw., weil der Lohndruck für diese ebenfalls nachlassen würde und sie einen deutlich höheren Lohn einfordern könnten, da sie immer auf beliebige andere, auch unqualifizierte, Arbeitsplätze hinweisen könnten, wo sie ebenso mindestens 10 Euro bekommen würden. Die Anhebung des Lohnniveaus würde deutliche Auswirkungen auf die Sozialsysteme haben, weil diese wieder gefüllt würden. Rentensenkungsdiskussionen könnten der Vergangenheit angehören, und die willkürliche Senkung auf 42 Prozent für den „Eckrentner“, auf die sich von der Leyen bezieht, wäre wieder vom Tisch.

Vorschlag für einen Aktionstag für 500-10 am 18. oder 25. Mai.

--> Aktionstag für 10 Euro Mindestlohn am 25. Mai.

Nächstes Treffen am 9. Februar entweder in Goslar oder in Magdeburg.